



Health & Consumer Voice

Dezember 2004

Neuer Name, neue Aufmachung!

2004 war ein Jahr des Wandels. Wir waren Zeugen der bisher umfassendsten EU-Erweiterung, der Unterzeichnung einer Verfassung für die EU, der Wahl eines neuen Europaparlaments und der Bestätigung der neuen Europäischen Kommission. Es ist daher angebracht, dass auch wir das Jahr mit ein paar kleinen Änderungen ausklingen lassen. Wie Sie sehen, hat unser Newsletter ein neues Layout und einen neuen Namen erhalten. *Health & Consumer Voice*, so der neue Name, ist Ausdruck unserer Hoffnung, Gesundheitsfragen – ebenso wie den Schutz der Verbraucherinteressen – in den Vordergrund der EU-Politik zu rücken. Die neue Aufmachung soll den Newsletter ansprechender und lesefreundlicher machen. Wir hoffen, dass die Änderungen Ihnen gefallen.

Mit den besten Wünschen für 2005 – Ihr Redaktionsteam !

IN DIESER AUSGABE

- Kommissar Kyprianou skizziert seine Prioritäten für die kommenden fünf Jahre _____ 1-2

Der unlängst ernannte Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz will das Thema Übergewicht anpacken, entschlossen gegen das Rauchen vorgehen, junge Menschen vor dem Alkoholmissbrauch schützen und dafür sorgen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vertrauensvoll im EU-Binnenmarkt einkaufen können.

- EU verschärft Vorschriften für Tiertransporte _____ 2-3

Die Landwirtschaftsminister der EU verständigen sich darauf, die Bedingungen für die Tiere bei Ferntransporten zu verbessern.

- EU schützt Verbraucher vor unlauteren Geschäftemachern _____ 3

Die EU-Minister einigen sich darauf, aggressive und irreführende Geschäftspraktiken zu verbieten.

- Größeres HIV/Aids-Risiko für junge Europäer _____ 4

Angesichts der steigenden HIV-Infektionsraten in der EU müssen wir nach Meinung von Kommissar Kyprianou dringend Maßnahmen treffen, um eine gesundheitliche Katastrophe abzuwenden.

ISSN 1725-5481

Kommissar Kyprianou skizziert seine Prioritäten für die kommenden fünf Jahre

Der frisch ernannte Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz will das Thema Übergewicht anpacken, entschlossen gegen das Rauchen vorgehen, junge Menschen vor dem Alkoholmissbrauch schützen und dafür sorgen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vertrauensvoll im EU-Binnenmarkt einkaufen können.

Bei seiner abschließenden Anhörung durch das Parlament äußerte Markos Kyprianou die Hoffnung, dass alle EU-Mitgliedstaaten am Ende seiner Amtszeit im Jahr 2009 das Rauchen am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit verboten haben. Er rief die Regierungen nachdrücklich dazu auf, dem Beispiel Irlands zu folgen, wo ein solches Verbot Anfang des Jahres eingeführt worden sei, und versprach, gegen die Verherrlichung von Zigaretten im Fernsehen oder Kino anzugehen.

„Um dieses Ziel zu erreichen, würde ich gern mit der Kinobranche zusammenarbeiten. Das Gleiche gilt für das Fernsehen: Filme, in denen Zigaretten verherrlicht

werden, sollten nicht zu Zeiten gesendet werden, wenn junge Menschen sie sehen können“, sagte er.

Vorrangigen Handlungsbedarf sieht Kyprianou außerdem im Zusammenhang mit der drastischen Zunahme der Fettleibigkeit, gerade bei Kindern, und dem Alkoholmissbrauch durch Jugendliche.



„Ich habe vor, Maßnahmen zu fördern, die mit Hilfe einer besseren Ernährungsweise und mehr körperlicher Betätigung zu einer gesünderen Lebensweise führen.“

Im Hinblick auf sein Verbraucherschutzressort erklärte Kyprianou, dass er an der weiteren Aufklärung der Europäerin-

Es ist für mich zugleich eine Ehre und eine Herausforderung, das Amt des Kommissars für Gesundheit und Verbraucherschutz zu übernehmen. Das Handeln der EU in den Bereichen öffentliche Gesundheit, Lebensmittelsicherheit und Verbraucherpolitik wirkt sich unmittelbar auf unseren Alltag aus: auf unser Essen, auf die Waren und Dienstleistungen, die wir kaufen bzw. in Anspruch nehmen, auf die Gesundheit in unseren Familien und in unserem Umfeld.

Ich freue mich, in den kommenden fünf Jahren in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit vielen anderen Beteiligten – europäischen und nationalen Parlamentariern, Ministern und Beamten, Unternehmensverbänden und Zivilgesellschaft – einen positiven Beitrag zum Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger leisten zu können.

In meinen ersten Wochen im Amt ist mir klar geworden, welch breites Themenspektrum wir abdecken: von Bestimmungen gegen unlautere Geschäftsleute bis hin zur Bekämpfung von HIV/Aids in Europa. Zu den roten Fäden, die sich durch unsere gesamte Arbeit ziehen müssen, gehören die Vertrauensbildung und die erfolgreiche Risikobewältigung.

In den nächsten fünf Jahren möchte ich, dass die EU dazu beiträgt, dass die Europäer gesünder werden, sicherer leben und mehr Vertrauen entwickeln.

Markos Kyprianou



„Ich möchte, dass ein Gefühl von Vertrauen in den Binnenmarkt entsteht. Ich will, dass alle Europäerinnen und Europäer, ob im Norden Finnlands oder auf Kreta, wissen und zu schätzen wissen, dass die EU ein Regelwerk geschaffen hat, welches ihnen beim Kauf von Waren und Dienstleistungen sowie beim Verzehr von Lebensmitteln ein hohes Maß an Sicherheit und Gesundheitsschutz bietet.“

Markos Kyprianou bei seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament

EU-Wissenschaftler: Gesunde Ernährung gegen Alterskrankheiten

Nach Ansicht der Ernährungsspezialisten, die am 29. November in Brüssel zusammenkamen, kann eine gesunde Ernährung dazu beitragen, im Alter Krankheiten (z. B. Alzheimer-Krankheit, Osteoporose und Darmkrebs) zu vermeiden.

Prognosen zufolge wird der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung rasant zunehmen. Man geht davon aus, dass die Zahl der über 80-Jährigen von 21,4 Millionen (2000) bis zum Jahr 2025 auf 35 Millionen steigt.



© Eureka Slide

In dem von der Kommission organisierten Workshop zum Thema Ernährung und Alter präsentierten Forscher aus der EU drei große Projekte, die zeigten, wie sich die Ernährungsweise günstig auf die Gesundheit älterer Menschen auswirken kann.

Sie haben u. a. herausgefunden, dass richtige Ernährung das Alzheimer-Risiko verringert und dass bestimmte Nahrungsfette diese verbreitete Form der Demenz verhindern könnten.

In einem anderen Projekt wurde dargelegt, dass sich durch den Zusatz von Vitamin D (das eine wichtige Rolle bei der Aufnahme von Kalzium in die Knochen spielt) in Brot das Auftreten von Osteoporose verringern ließe.

nen und Europäer über die Chancen und Risiken des Binnenmarktes arbeiten werde: „Die Verbraucher müssen sicher sein können, dass sie auf dem europäischen Markt keine mangelhafte Ware angeboten bekommen. Ich werde dafür sorgen, dass Verbraucherrechte nicht nur auf dem Papier stehen.“

Bei seiner Anhörung bekannte sich Kyprianou darüber hinaus zu einem ständigen Dialog mit dem Europäischen Parlament und seinen Ausschüssen.

Kyprianous Prioritäten in den kommenden Monaten:

- gewährleisten, dass die Verbraucheranliegen und der Schutz der öffentlichen Gesundheit angemessen in allen Bereichen der EU-Politik berücksichtigt werden;
- das Gesundheitsniveau in Europa anheben und die Möglichkeiten Europas zur Abwehr ansteckender Krankheiten stärken. Schlüsselbereiche sind die Bekämpfung von Übergewicht, Tabakkonsum und alkoholbedingten Leiden, insbesondere unter Jugendlichen; Maßnahmen gegen eine erneute Zunahme von HIV/Aids in Europa; sorgfältige Notfallplanung, beispielsweise zur Abwehr einer Grippe-Pandemie. Auf der Tagesordnung für die nächste Zeit stehen ferner Ernährungsfragen, psychische Gesundheit und die Ausarbeitung einer EU-Gesundheitsstrategie;
- gewährleisten, dass sich die Verbraucher im erweiterten EU-Binnenmarkt mit mehr Vertrauen bewegen; hierzu sollen die Beratungsnetze enger geknüpft, die Verbraucher verstärkt auf ihre Rechte

hingewiesen und die Mitgliedstaaten zur ordnungsgemäßen Durchsetzung des EU-Verbraucherrechts angehalten werden. Im Jahr 2005 wird ein neues, alle 25 EU-Länder umspannendes Verbraucherberatungs- und -informationsnetz geschaffen werden. Darin aufgehen sollen das Netzwerk der Europäischen Verbraucherzentren und die „Clearing Houses“ des EEJ-Net; Verbraucherinformation und Streitbeilegung sollen auf diese Weise neuen Schwung erhalten. Zudem werden Vorbereitungen zur Vernetzung der mitgliedstaatlichen Stellen beginnen, die für die Durchsetzung des Verbraucherschutzes zuständig sind;

- ein hohes und bezahlbares Maß an Lebensmittelsicherheit aufrechterhalten; hierzu gilt es, innerhalb der EU für eine wirksame Umsetzung der Vorschriften zu sorgen und in den Handelspartnerländern einen Beitrag zur Anhebung der Standards bei der Sicherheit und der Verarbeitung von Lebensmitteln zu leisten. Ganz oben auf der Tagesordnung des Kommissars stehen ferner der Tierschutz und die Abwehr von Tierseuchen von der EU, beispielsweise der Geflügelpest. In diesem Zusammenhang soll der Schwerpunkt 2005 auf der artgerechten Haltung von zur Fleischgewinnung bestimmten Hühnern, auf Gesundheitsvorschriften für Tiere in Aquakulturen, auf der Anwendung von Hygienebestimmungen und -verfahren sowie auf einer besseren Schulung des für die Sicherheit von Lebensmitteln zuständigen Personenkreises liegen. Parallel dazu sollen die Rechtsvorschriften für Lebensmittelzusatzstoffe und für die Zulassung von Pestizidwirkstoffen überarbeitet werden.

EU verschärft Vorschriften für Tiertransport

Die Landwirtschaftsminister der EU haben sich darauf verständigt, die Bedingungen für Tiere bei Ferntransporten zu verbessern.

Aufgrund der neuen Verordnung werden der Transport von jungen und trächtigen Tieren beschränkt, die Anforderungen an die Belüftung und die Tränken in den Fahrzeugen verschärft, ein satel-

litengestütztes System zur Ortung der Lastwagen ebenso vorgeschrieben wie die Schulung der Fahrer und die Zuständigkeiten während der gesamten Beförderungsdauer klar geregelt.

In der Verordnung vom 22. November wird festgestellt, dass die Tiere dem größten Stress beim Ver- und Entladen ausgesetzt sind; sie enthält daher Bestim-

mungen für die Zeit vor und nach dem eigentlichen Transport, beispielsweise in Schlachthöfen oder Häfen.

An den Höchstfahrtzeiten und der Besatzdichte in den Transportmitteln ändert sich nichts. Nach geltendem Recht dürfen Rinder, Schafe und Ziege bis zu 29 Stunden am Stück befördert werden, Schweine und Pferde immerhin noch 24.

„Ich hätte es gerne gesehen, wenn die Transportzeiten und die Ladedichten noch weiter verringert worden wären, aber die Mitgliedstaaten sind in dieser

Frage weiterhin tief gespalten“, erklärte Markos Kyprianou, Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz. „Mir geht es vor allem darum, den Stress, dem die Tiere ausgesetzt sind, auf ein Minimum zu reduzieren und sicherzustellen, dass die Tiere so schnell wie möglich an ihrem Bestimmungsort ankommen.“

Die Verordnung wird 2007 in Kraft treten.

Mehr dazu:

http://europa.eu.int/comm/food/animal/welfare/transport/index_de.htm



© Eureka Slide

EU hebt Exportverbot für portugiesisches Rindfleisch auf

Am 21. November hat die Europäische Kommission das Verbot der Ausfuhr von Rindern, Rindfleisch und anderen Rind(fleisch)erzeugnissen aus Portugal aufgehoben.

Dieser Schritt war von den Mitgliedstaaten im September gebilligt worden; der Ausfuhrstopp galt seit November 1998, als in Portugal BSE-Fälle aufgetreten waren.

Seither hat Portugal konsequente Maßnahmen zur Risikoeindämmung ergriffen, sodass die BSE-Inzidenz inzwischen deutlich zurückgegangen ist.

Kommission beschränkt Pferdeimporte aus Rumänien und dringt auf besseren Gesundheits- und Tierschutz

Am 29. November hat die Europäische Kommission beschlossen, die Einfuhr von Pferden aus Rumänien zu beschränken, nachdem das Lebensmittel- und Veterinäramt mehrfach Mängel beim Gesundheits- und Tierschutz festgestellt hatte.

Die Bedingungen, unter denen die Ausfuhr der Tiere erfolgte, entsprachen nicht den Tierschutz- und Importanforderungen der EU.

Zu den Problemen gehörten unzureichende Gesundheitstests, unvollständige Papiere und Zeugnisse sowie eine lückenhafte Identifizierung der Tiere.

Die für die Ausfuhr in die EU bestimmten Pferde wurden unter inakzeptablen Bedingungen gehalten (u. a. zu viele Tiere auf zu geringem Raum sowie unzureichende Fütterung und Tränkung). Schlechte Haltungsbedingungen und gesundheitliche Probleme sind eng miteinander verknüpft.

Die EU setzt sich mit Nachdruck für einen besseren Tierschutz ein und erhofft sich von diesen Einfuhrbeschränkungen, dass sie Ansporn für eine rasche Verbesserung der Verhältnisse sein werden. Die Restriktionen gelten nicht für die vorübergehende Einfuhr registrierter Pferde für Renn- und Kulturveranstaltungen. Auch Schlacht- und Zuchtperde können weiterhin eingeführt werden, wenn sie den strengen Importbestimmungen genügen.

EU schützt Verbraucher vor unlauteren Geschäftemachern

Am 16. November haben die EU-Minister sich darauf verständigt, aggressive und irreführende Geschäftspraktiken zu verbieten.

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene neue Rechtsvorschrift sorgt für mehr Klarheit bei den Verbraucherrechten und erleichtert den grenzüberschreitenden Handel durch einheitliche EU-weit geltende Regeln gegen unlautere Marketingpraktiken von Unternehmen.

Strafbar werden demnach sein: die Behauptung, zu den Unterzeichnern eines

Verhaltenskodex zu gehören, wenn dies nicht der Fall ist; Zahlungsaufforderungen für Produkte, die unaufgefordert geliefert wurden; die Beschreibung eines Produkts als „gratis“, wenn der Verbraucher außer unvermeidlichen Versand- oder Abholkosten noch zusätzlich etwas bezahlen muss. Verboten sind außerdem Besuche von Geschäftsvertretern in der Wohnung des Verbrauchers, wenn letzterer dazu aufgefordert hat, die Wohnung zu verlassen oder nicht wieder zu kommen.

Mehr dazu:

http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_int/safe_shop/fair_bus_pract/index_de.htm

EU legt bei der WTO Beschwerde gegen die USA und Kanada wegen Hormonfleisch ein

Die EU fordert die Welthandelsorganisation auf zu bestätigen, dass die Sanktionen der USA und Kanadas gegen Exporte aus der EU nicht mehr rechtmäßig sind; die Sanktionen waren als Reaktion auf das EU-Verbot von hormonbelastetem Rindfleisch beschlossen worden.

Dieser Schritt erfolgt, nachdem die EU neue Vorschriften erlassen hat, in denen – gestützt auf unabhängige wissenschaftliche Erkenntnisse – das Verbot von Wachstumshormonen aufrechterhalten wird.

Nachdem die WTO 1998 entschieden hatte, dass das EU-Einfuhrverbot für hormonbelastetes Rindfleisch nicht wissenschaftlich fundiert sei, hatten die USA und Kanada Sanktionen verhängt, deren Gegenwert sich auf jährlich 116,8 bzw. 11,3 Millionen Dollar beläuft.

Die EU hat jetzt eine förmliche Konsultation mit Kanada und den USA im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens der WTO beantragt. Für derartige Konsultationen stehen 60 Tage zur Verfügung, bevor der Fall einem Panel zur endgültigen und verbindlichen Entscheidung vorgelegt werden kann.

Größeres HIV/Aids-Risiko für junge Europäer

„Angesichts der steigenden HIV-Infektionsraten in der EU müssen wir dringend Maßnahmen treffen, um eine gesundheitliche Katastrophe abzuwenden“, sagte Kommissar Kyrianiou.

Am Vorabend des Weltaidstages am 1. Dezember warnte er, dass die Gefahr einer Ansteckung mit dem Aids verursachenden HIV für junge Menschen noch nie so groß gewesen sei, weil viele von ihnen die Safer-Sex-Empfehlungen entweder nicht kennen oder ignorieren würden.

„Teenager und junge Menschen Anfang 20 sind zu jung, um sich an die Safer-Sex-Kampagnen aus den 80er und vom Anfang der 90er Jahre zu erinnern“, fügte er hinzu.

Seit 1996 hat sich die Zahl der gemeldeten HIV-Neuinfektionen nahezu verdoppelt, wobei der höchste Anstieg in den baltischen Staaten zu verzeichnen ist.

Die Situation in den benachbarten Staaten ist ebenso Besorgnis erregend. In Russland gibt es fast eine Million HIV-Infizierte, von denen 80 % unter dreißig sind.

Um dem entgegenzuwirken, haben

sich die EU und ihre Nachbarländer auf europaweite Informationsanstrengungen verständigt. Im Jahr 2005 soll ein kohärentes Bündel von nationalen Informationskampagnen geschnürt werden.

Ein Schwerpunkt der EU-Maßnahmen liegt auf den Herausforderungen, vor denen gefährdete Bevölkerungsgruppen stehen, etwa Migranten, Prostituierte, Häftlinge und insbesondere junge Menschen. 2004 hat sich die Kommission bei ihrer Arbeit auf bewährte Präventionsmaßnahmen und auf Sexualerziehung konzentriert.

Aufeiner Konferenz in Vilnius (Litauen) billigten die Gesundheitsminister aus der EU und ihren Nachbarstaaten im September eine von der Kommission vorgeschlagene Strategie zur Bekämpfung der Aids-Epidemie in Europa. Diese Strategie umfasst die Bereitstellung einer bezahlbaren Behandlung für Menschen in ärmeren Ländern, eine bessere Abstimmung der einzelstaatlichen HIV/Aids-Strategien sowie die Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe.

Mehr dazu:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/aids/ev_20041201_en.htm



© Eureka Slide

EU-Wissenschaftler benötigen mehr Daten für die Beurteilung des BSE-Risikos bei französischer Ziege

Wissenschaftler des BSE-Referenzlabors der EU haben erklärt, dass ihnen nicht genügend Daten vorlägen, um einen endgültigen BSE-Befund bei der untersuchten Ziege vornehmen zu können.

Die Europäische Kommission hatte wissenschaftliche Daten zur weiteren Prüfung an das gemeinschaftliche Referenzlabor in Großbritannien geschickt, nachdem französische Experten einen Fall von transmissibler spongiformer Enzephalopathie (TSE) im Gehirn einer Ziege festgestellt hatten; zu den TSE gehören BSE bei Rindern und die Traberkrankheit bei Ziegen und Schafen. Die zusätzlichen Untersuchungen ergaben, dass die Krankheit von den normalen Formen der Traberkrankheit abwich, und haben so zu dem BSE-Verdacht geführt.

Mehr dazu: http://europa.eu.int/comm/food/food/biosafety/bse/goats_index_en.htm

Mehr Forschung zu Grippeimpfstoffen gefordert

Die Entwicklung von Impfstoffen zur Abwehr einer möglichen Grippepandemie steht auf der Prioritätenliste des niederländischen Ratsvorsitzes; diese Liste ist Teil eines Berichts mit Empfehlungen zur Förderung der Erforschung neuer Medikamente gegen die häufigsten Krankheiten und Gesundheitsgefahren.

Die niederländische Regierung war von der Weltgesundheitsorganisation beauftragt worden, einen Bericht über besonders dringend benötigte Medikamente zu erstellen, und legte diesen auf einer vom Ratsvorsitz veranstalteten Konferenz am 18. November in Den Haag vor.

In dem Bericht werden 17 vorrangig anzugehende Bereiche genannt, darunter die pandemische Influenza, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Depressionen, HIV/Aids bei Kindern, Alzheimer, Krebs und Tropenkrankheiten (z. B. Malaria).

„Eine Influenzapandemie ist ein Musterbeispiel einer globalen Bedrohung, die eine energische und koordinierte Antwort verlangt. Es gilt Lösungen zu finden, wie die Grippeimpfstoffe zu den Menschen gelangen, wenn diese sie benötigen“, sagte Bernard Merkel von der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Kommission auf der Haager Konferenz.

Die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten beruht gegenwärtig auf einem marktbestimmten Anreizsystem, dessen hauptsächlicher Finanzierungsmechanismus seinerseits in erster Linie auf Patenten und geschützten Preisen beruht. Dadurch bleiben eine Reihe von Gesundheitsproblemen außen vor.

Die in *Health & Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi

Redaktion: Iwona Pajak, Ben Duncan, Terese Van oel in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Deborah MacRate-Ockerman

Website:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm

